



Klima-Bündnis

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 05. Mai 2011 in München / Deutschland

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Rechenschaftsbericht und Finanzbericht für das Jahr 2010
3. Entlastung des Vorstands
4. Planungen und Aktivitäten für das Jahr 2011
5. Vorstandswahl
6. Resolutionen
7. Verschiedenes

Anlagen:

- TeilnehmerInnenliste
- „Elektromobilität: Rahmenbedingungen aus der Sicht des Klima-Bündnis“, Beschluss der Mitgliederversammlung zu Elektromobilität
- „Dezentrale erneuerbare Energien statt Atomstrom“, Resolution der Klima-Bündnis-Mitgliederversammlung für eine Stromwende

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Joachim Lorenz, Vorstandsvorsitzender des Klima-Bündnis, eröffnet mit der Begrüßung der TeilnehmerInnen die Mitgliederversammlung. Joachim Lorenz wird zum Versammlungsleiter bestimmt; als Protokollführer wird Carsten Kuhn, Mitarbeiter der Europäischen Geschäftsstelle, bestellt.

Joachim Lorenz stellt fest, dass alle Vorstandsmitglieder anwesend sind bzw. vertreten werden. Da Melanie Maatman aus Den Haag (Niederlande) mittlerweile eine andere Aufgabe wahrnimmt, scheidet sie aus eigenem Wunsch aus dem Vorstand aus. Ihr Nachfolger ist Peter Heskes. Joachim Lorenz begrüßt alle Vorstandsmitglieder und stellt diese namentlich vor:

- Dr. Manuela Rottmann, Frankfurt am Main (Deutschland)
- Dhr. Peter Heskes, Den Haag (Niederlande)
- Mag. Eva Schobesberger, Linz (Österreich)
- Fredy Brunner, St. Gallen (Schweiz)
- Ronan Dantec, Nantes (Frankreich)
- Camille Gira, Beckerich (Luxemburg)
- Josef Danksagmüller, Stetteldorf am Wagram (Österreich)
- Dr. Karl-Ludwig Schibel, Città di Castello (Italien)
- Diego Iván Escobar, (Vertreter der COICA)
- Daniele Olivi, Jesi (Italien)

Die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung wird festgestellt. Nach Beschluss der Mitgliederversammlung von 2009 ist das Quorum von 10% nicht mehr nötig. Insgesamt sind 122 stimmberechtigte ordentliche Mitglieder (98 davon als Teilnehmer, 24 in Form von Stimmübertragungen) aus 10 Ländern vertreten: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz, Slowakei und Ungarn.

Die Tagesordnung wird ohne Ergänzung angenommen.

2. Rechenschaftsbericht und Finanzbericht für das Jahr 2010

Es wird auf den zugesandten und vorliegenden Jahresbericht 2010 / Planung 2011 des Klima-Bündnis verwiesen. Ulrike Janssen, Geschäftsführerin des Klima-Bündnis, berichtet über die Situation in der Europäischen Geschäftsstelle. 2010 war ein wichtiges Jahr für das Klima-Bündnis, das v.a. von vier Hauptthemen gekennzeichnet war: 1) Schaffung und Weiterentwicklung konkreter Unterstützungsangebote hinsichtlich Methodik und Tools (v.a. CO₂-Monitoring mit ECORegion), 2) Stärkung der Rolle der Kommunen, u.a. durch den Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors), 3) Teilnahme an europäischer Politik und Finanzierung sowie 4) laufende Kampagnen.

Mit dem ECORegion-Programm, das inzwischen ca. 1/5 der Klima-Bündnis-Mitglieder nutzen, steht den Kommunen ein sehr gutes Monitoring-Instrument auf lokaler Ebene zur Verfügung. Das Programm greift die Voraussetzungen und Methodik des Konvents der Bürgermeister auf und ist als offizielles Tool des Konvents der Bürgermeister anerkannt. Das Klima-Bündnis ist auch an der zweiten Phase des Konvents der Bürgermeister beteiligt, die ab 2011 für drei Jahre erfolgt. Ulrike Janssen verweist dabei auf die Beratungen für den Konvent der Bürgermeister und die damit verbundene stärkere Präsenz des Klima-Bündnis in Brüssel. Durch die stärkere Einbindung des Brüssel-Büro kann so auch vermehrt an der europäischen Politik und Finanzierungsprogrammen teilgenommen werden. Das Thema Finanzierung spielt deshalb auch bei der Internationalen Jahreskonferenz 2011 in München eine zentrale Rolle.

In Bezug auf Kampagnen gestaltete sich das Jahr 2010 sehr erfolgreich. Sowohl beim Stadtradeln als auch bei der Kindermeilen-Kampagne wurden neue Teilnehmerrekorde bei den unterstützenden Städten und Gemeinden erzielt. Die Europäische Mobilitätswoche feiert 2011 10jähriges Bestehen. Insgesamt gibt es 20 große und kleine Projekte, die das Klima-Bündnis erfolgreich betreut.

Thomas Brose berichtet über die Nord-Süd-Aktivitäten im Klima-Bündnis. Ein 2011 abgeschlossenes großes Projekt ist Energy Bridges. Mit den Partnern wurde eine weitere Zusammenarbeit vereinbart. Ein weiteres wichtiges Thema stellt die Yasuni-Initiative der Regierung Ecuadors dar, bei der die Erdöl-

vorkommen, die unter dem Yasuní-Nationalpark liegen, nicht gefördert werden sollen, wenn die Hälfte der zu erwartenden Einnahmen durch die internationale Staatengemeinschaft erstattet wird. Innerhalb einer neuen Finanzierungslinie der EU wurde das Projekt "Networking in Europe: Local Government meet the MDGs" gemeinsam mit der Stadt Bonn eingereicht und bewilligt. Bei diesem dreijährigen Projekt nehmen auch die Partnerstädte von Bonn, Oxford und Potsdam teil sowie Kommunen aus Österreich und Ungarn und die jeweiligen Nationalkoordinationen (KBÖ und Reflex).

Edwin Vasquez (Koordinator der COICA) berichtet über die Aktivitäten der COICA, dem Dachverband der neun nationalen indigenen Organisationen Amazoniens. In der Zusammenarbeit mit dem Klima-Bündnis geht es v.a. um die Rechte der indigenen Völker Amazoniens. Zudem schreitet die COICA bei internationalen Prozessen voran. So plant die COICA auf dem Vorbereitungstreffen in Bonn (SBSTA) für die COP17 in Durban teilzunehmen. Im August plant die COICA in Manaus, Brasilien einen Regengwaldgipfel mit Vertretern vieler indigener Völker aus ganz Süd- und Mittelamerika zu dem auch viele staatliche und nicht-staatliche Institutionen eingeladen sind.

Edwin Vasquez betont die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Klima-Bündnis, gerade was das Instrument REDD angeht. Durch REDD sieht Edwin Vasquez die gesamte Verteilung der Landrechte der indigenen Bevölkerung bedroht. Mit wirtschaftlicher Unterstützung durch das Klima-Bündnis sollen indigene Vertreter vor Ort speziell zu diesem Thema ausgebildet werden.

Diego Iván Escobar möchte v.a. die Kommunikation der COICA mit dem Klima-Bündnis verbessern. So sollen Planungen der COICA rechtzeitig dem Klima-Bündnis mitgeteilt werden. Diego Iván Escobar unterstreicht die Bedeutung des Klima-Bündnis zur Unterstützung der COICA, gerade in Form des Brüssel-Büros, durch das die COICA auch Kontakt zur EU herstellen kann.

Der Finanzbericht 2010 einschließlich des Haushaltsplans 2011 liegt den Anwesenden schriftlich vor. Dr. Manuela Rottmann, Finanzvorstand des Klima-Bündnis, erläutert den Jahresabschluss 2010. Die Finanzlage des Klima-Bündnis ist grundsätzlich solide. Es gibt eine erfreuliche Entwicklung der Mitgliedszahlen und damit auch vermehrt Mitgliedsbeiträge. Einen großen Anteil nehmen die Drittmittelweiterleitungen ein, dies betrifft v.a. die EU-Projekte, die vom Klima-Bündnis koordiniert werden. Insgesamt weist der Jahresabschluss keine besonderen Auffälligkeiten auf.

Eine Nachfrage bezieht sich auf die Differenz IST 2010 / Planung 2010 für indigene Projektausgaben (vgl. Jahresbericht 2010 / Planung 2011, S. 22). Dr. Manuela Rottmann führt aus, dass diese Mittel durch Verzögerungen in Projekten erst 2011 abfließen. Dr. Manuela Rottmann weist abschließend darauf hin, dass die Wirtschaftsprüfung den Finanzbericht geprüft und genehmigt hat.

3. Entlastung des Vorstands

Dr. Ludwig Arentz aus Köln (Deutschland), bedankt sich bei der Geschäftsführung und dem Vorstand für die geleistete Arbeit und stellt den Antrag auf Entlastung des Vorstands für das Haushaltsjahr 2010. Dieser Antrag wird mit 6 Enthaltungen angenommen.

4. Planungen und Aktivitäten für das Jahr 2011

Die Planung und die Aktivitäten für 2011 liegen schriftlich vor. Dr. Manuela Rottmann erwähnt, dass die Planungen 2011 von finanzieller Seite her unspektakulär sind. Ulrike Janssen führt aus, dass durch das Brüssel-Büro des Klima-Bündnis und die Tätigkeiten im Rahmen des Konvents der Bürgermeister verstärkt Kontakte zur EU-Politik aufgebaut werden konnten. Das Brüssel-Büro des Klima-Bündnis soll mit einer weiteren Person verstärkt werden, die für die osteuropäischen Länder im Rahmen des Konvents der Bürgermeister zuständig sein wird. Durch etwas mehr Spielraum in den Finanzen ist es 2011 möglich, mehr Geld für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Als Beispiele werden die neu gestaltete Website des Klima-Bündnis und zwei neue Poster genannt. Das eine Poster stellt die Handlungsbereiche dar, in denen das Klima-Bündnis aktiv ist, während auf dem zweiten Poster über 500 Bilder zu sehen sind, die aus Malaktionen an Schulen im Rahmen des Projekts „EnergyBridges“ entstanden sind. Je ein Exemplar dieser Poster können von den Mitgliedskommunen kostenlos mitgenommen werden.

5. Vorstandswahl

Dr. Karl Tschanz, Vertreter der Stadt Zürich (Schweiz), wird als Wahlleiter vorgeschlagen und übernimmt die Wahlleitung. Da kein Einspruch angemeldet wird, findet die Wahl öffentlich statt. Laut Satzung wird der Vorstand von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Melanie Maatman aus Den Haag (Niederlande) ist aus eigenem Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden. Ihr Nachfolger Peter Heskes (Den Haag) steht erst nächstes Jahr zur Wiederwahl an.

Nach der Geschäftsordnung müssen Vorschläge für den Vorstand sechs Wochen vor der Mitgliederversammlung eingehen. Folgende Personen haben sich zur Wiederwahl gestellt:

- Eva Schobesberger, Linz (Österreich)
- Joachim Lorenz, München (Deutschland)
- Dr. Karl-Ludwig Schibel, Città di Castello (Italien)
- Diego Iván Escobar, (Vertreter der COICA)

Es wird keine Vorstellung der Bewerber gewünscht.

- Eva Schobesberger wird einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Sie nimmt die Wahl an.
- Joachim Lorenz wird einstimmig in seinem Amt bestätigt. Er nimmt die Wahl an.
- Dr. Karl-Ludwig Schibel wird mit einer Enthaltung und sechs Gegenstimmen in seinem Amt bestätigt. Er nimmt die Wahl an.
- Diego Iván Escobar wird einstimmig in seinem Amt bestätigt. Er nimmt die Wahl an.

Joachim Lorenz dankt Dr. Karl Tschanz für seine Unterstützung.

6. Resolutionen

Den Mitgliedern liegen zwei Resolutionen vor (siehe Anhang). Joachim Lorenz betont, dass die Resolution zu „Dezentrale erneuerbare Energien statt Atomstrom“ zu kurzfristig zur Mitgliederversammlung eingereicht wurde und dass es sich darum bei der Resolution um eine Resolution der Mitgliederversammlung handelt.

Elektromobilität: Rahmenbedingungen aus der Sicht des Klima-Bündnis

Peter Molnar, Klimabündnis Österreich, erläutert kurz die Resolution. Der Entwurf der Beschlussvorlage wird von den Mitgliedern diskutiert. Insgesamt werden noch sechs kleinere Änderungsvorschläge eingebracht, denen von der Versammlung zugestimmt wird.

Die Abstimmung erfolgt einschließlich der Stimmübertragungen. Die Resolution zu Elektromobilität wird mit einer Enthaltung und zwei Gegenstimmen angenommen.

Dezentrale erneuerbare Energien statt Atomstrom

Joachim Lorenz stellt die Resolution kurz vor. Der Entwurf der Resolutionsvorlage wird von den Mitgliedern rege diskutiert, v.a. der Absatzpunkt „Umbau des energieineffizienten zentralen Stromversorgungssystems“. Dr. Manuela Rottmann schlägt eine alternative Formulierung des Abschnitts vor: „Umbau des gegenwärtigen Stromversorgungssystems in ein dezentraleres System mit hoher Energieeffizienz bei der Stromerzeugung bis spätestens 2050.“, über die abgestimmt wird. Insgesamt werden sieben weitere Änderungsvorschläge eingebracht.

Die Abstimmung erfolgt einschließlich der Stimmübertragungen. Die Resolution wird unter Berücksichtigung der Änderungen mit sieben Enthaltungen angenommen.

7. Verschiedenes

Unter Punkt „Verschiedenes“ gibt es eine Wortmeldung. Jürgen Wrede (Germering) möchte bei der Pressearbeit des Klima-Bündnis mehr Betonung auf die Kooperation mit den indigenen Völkern Amazoniens.

Fredy Brunner lädt die Mitglieder im Namen der Stadt St. Gallen (Schweiz) zur nächsten Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung nach St. Gallen ein, die nächstes Jahr von 23. bis 26. Mai 2012 stattfinden soll. Er stellt die Stadt kurz vor und freut sich auf eine rege Teilnahme.

Joachim Lorenz dankt allen Beteiligten für die Unterstützung und Austragung der diesjährigen Internationalen Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis. Besonderen Dank gilt der Europäischen Geschäftsstelle für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und für die Vorbereitung der Konferenz.

Joachim Lorenz lädt die Mitglieder zu den weiteren Veranstaltungspunkten der Internationalen Jahreskonferenz ein. Er verweist außerdem auf die Kommunale Klimaschutzkonferenz des Klima-Bündnis vom 22. bis 24. September 2011 in Koblenz. Zum Abschluss dankt Joachim Lorenz noch einmal allen Anwesenden und beendet die Mitgliederversammlung.

München / Frankfurt am Main, im Mai 2011



Joachim Lorenz
(Versammlungsleiter)



Carsten Kuhn
(Protokollführer)

Anlagen zum Protokoll:

Liste der stimmberechtigten TeilnehmerInnen an der Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis e.V. am 5. Mai 2011 in München

Österreich

Stadtgemeinde Ansfelden	Melitta Ilich
Landeshauptstadt Klagenfurt	Bernadette Jobst
Marktgemeinde Lasee	Karl Grammanitsch
Landeshauptstadt Linz	Eva Schobesberger
Gemeinde Neuhofen an der Krems	Günter Engertsberger
Stadt Salzburg	Wilfried Althuber
Gemeinde Stetteldorf am Wagram	Johann Resch
Stadt Villach	Isabella Riener
Stadt Wien	Christine Fohler-Norek

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 9

Belgien

Stad Gent	Tom Balthazar
-----------	---------------

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 1

Deutschland

Stadt Aachen	Maria Vankann
Gemeinde Alling	Matthias Kral
Stadt Ansbach	Martin Stümpfig
Stadt Augsburg	Rainer Schaal
Stadt Bad Homburg v.d.Höhe	Holger Fröhlich
Stadt Bielefeld	Uwe Hofmeister
Bundesstadt Bonn	Stefan Wagner
Stadt Breisach am Rhein	Oliver Rein
Stadt Castrop-Rauxel	Jennifer Zielinski
Stadt Dortmund	Michael Leischner
Landeshauptstadt Dresden	Ina Helzig
Landeshauptstadt Düsseldorf	Stefan Wenzel
Stadt Emden	Hartmut Fresemann
Stadt Frankfurt am Main	Paul Fay
Stadt Fürth	Johann Gerdenitsch
Gemeinde Gauting	Brigitte Servatius
Stadt Geislingen an der Steige	Sonja Pfau
Stadt Geretsried	Inken Domany
Große Kreisstadt Germering	Bärbel Hoffmann
Universitätsstadt Gießen	Hans-Joachim Grommelt
Gemeinde Gilching	Jan Haas
Stadt Hagen	Hans Joachim Wittkowski

Stadt Hanau
 Landeshauptstadt Hannover
 Stadt Heidelberg
 Stadt Ingolstadt
 Stadt Jülich
 Stadt Kaiserslautern
 Stadt Kassel
 Stadt Koblenz
 Stadt Köln
 Kreis Steinfurt
 Stadt Kronberg im Taunus
 Landkreis Dachau
 Landkreis München
 Landkreis Passau
 Landkreis Peine
 Stadt Leipzig
 Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu
 Stadt Lindau am Bodensee
 Landeshauptstadt Magdeburg
 Landeshauptstadt Mainz
 Universitätsstadt Marburg
 Landeshauptstadt München
 Große Kreisstadt Neumarkt i.d.OPf.
 Stadt Norderstedt
 Stadt Nürnberg
 Stadt Oer-Erkenschwick
 Stadt Offenbach am Main
 Stadt Oldenburg
 Landeshauptstadt Potsdam
 Gemeinde Puchheim
 Stadt Regensburg
 Stadt Remscheid
 Rheinisch-Bergischer Kreis
 Hansestadt Rostock
 Gemeinde Seefeld
 Stadt Solingen
 Stadt Starnberg
 Gemeinde Stegaurach
 Landeshauptstadt Stuttgart
 Stadt Traunstein
 Universitätsstadt Tübingen
 Stadt Unterschleißheim
 Gemeinde Weißling
 Landeshauptstadt Wiesbaden
 Große Kreisstadt Wiesloch
 Stadt Worms
 Stadt Wuppertal
 Stadt Würzburg

Angelika Gunkel
 Astrid Hoffmann-Kallen
 Ralf Bermich
 Mario Meier-Gutwill
 Helmut Riebe
 Bettina Dech-Pschorn
 Reinhold Weist
 Monika Effenberger
 Ludwig Arentz
 Tilman Christian
 Heidemarie Krauss-Habel
 Brigitte Detering
 Christoph Göbel
 Peter Ranzinger
 Achim Voß
 Tilo Wille
 Michael Krumböck
 Georg Speth
 Rolf Warschun
 Wolfgang Reichel
 Jochen Friedrich
 Joachim Lorenz
 Ruth Dorner
 Birgit Farnsteiner
 Peter Pluschke
 Bernd Immohr
 Heike Hollerbach
 Thomas Ponel
 Cordine Lippert
 Katharina Dietel
 Reinhard Hahn
 Monika Meves
 Svenja Wilkens
 Holger Matthäus
 Ernst Deiringer
 Klaus Strehlau
 Ferdinand Pfaffinger
 Andreas Geck
 Rainer Kapp
 Barbara Rassek
 Bernd Schott
 Klaus Hecht
 Horst-Günter Heuck
 Peter Roth
 Monika Stein
 Hans-Joachim Kosubek
 Cordula Brendel
 Wolfgang Kleiner

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 70

Frankreich

Metropole de Nantes

Ronan Dantec

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 1

Italien

Comune di Jesi

Daniele Olivi

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 1**Luxembourg**

Commune de Beckerich

Camille Gira

Commune de Bettembourg

Guy Urbany

Commune de Betzdorf

Raymond Aendekerck

Ville d'Esch-sur-Alzette

Andre Pulli

Ville de Luxembourg

Viviane Loschetter

Commune de Schifflange

Guy Spanier

Commune de Steinfort

Georges Christophe

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 7**Niederlande**

Gemeente Den Haag

Peter Heskes

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 1**Slowakei**

Gemeinde Tomašov

Jozef Szalay

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 1**Ungarn**

Municipality of Kajárpéc

György Laki

City of Nagykanizsa

Miklós Benedek

Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder: 2

Gesamtzahl anwesender stimmberechtigter Mitglieder:	98
--	-----------

Stimmübertragungen	24
---------------------------	-----------

<u>Gesamt vertreten:</u>	122
---------------------------------	------------

Elektromobilität: Rahmenbedingungen aus der Sicht des Klima-Bündnis

Klima-Bündnis-Beschluss zu Elektromobilität, beschlossen auf Antrag von Klimabündnis Österreich auf der Mitgliederversammlung am 5. Mai 2011 in München

Im Öffentlichen Verkehr ist Elektromobilität seit langem die grundlegende Technologie zur Verkehrsabwicklung (Bahn, U-Bahn, Straßenbahn, O-Bus...).

Nun erlebt Elektromobilität auch im Individualverkehr eine Renaissance. Für die Kommunen im Klima-Bündnis ergeben sich damit neue interessante Perspektiven in ihren Bemühungen zur Erreichung der eingegangenen Klimaschutzverpflichtungen, aber auch in Bezug auf andere Probleme wie Lärm und Schadstoffemissionen, Feinstaub und Stickoxide. Allerdings relativiert sich der Klimaschutzeffekt von Elektromobilität in Abhängigkeit von den angenommenen Szenarien sehr, so dass ein im Klima-Bündnis beschlossener Rahmen notwendig ist:

Die Elektromobilität bietet bei richtiger Einführung und Anwendung eine Chance einerseits die Emissionen zu reduzieren aber andererseits auch Fehlentwicklungen im stark wachsenden motorisierten Individualverkehr zu verändern. Der Klimaschutzeffekt der Elektromobilität wird maximiert,

- wenn durch die verstärkte Nutzung von Pedelecs der Radverkehrsanteil gesteigert wird.
- wenn Elektromobilität als Teil eines integrierten Verkehrssystems eingeführt wird mit einer Prioritätenreihung der Verkehrsvermeidung und der Verkehrsverlagerung vom motorisierten Individualverkehr zum Umweltverbund (Rad- und Fußverkehr, Öffentlicher Verkehr, Carsharing und Carpooling).
- wenn (temporäre) Nullemissions-Kraftfahrzeuge als wichtiges Angebot im multioptionalen Mobilitätsspektrum integriert sind, primär für Wege, die zu Fuß oder mit dem Rad nicht möglich oder nicht zumutbar sind oder bei denen sich ein ÖV-Angebot energetisch und ökonomisch nicht rechnet.
- wenn der Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energien oder aus Stromeinsparmaßnahmen stammt und die Stromnetze zu Smart Grids umgebaut werden, d. h. das Aufladen von E-Fahrzeugen vorrangig zu Zeiten von Stromüberschuss erfolgt.
- wenn möglichst vollständiges Recycling der Batterien und Minimierung von Rohstoffeinsatz und (soziale, ökonomische und ökologische) Technikfolgen vorgesehen sind.
- wenn im globalen Zusammenhang keine Ressourcen verbraucht werden, die anderen Gruppen zum Überleben fehlen. Landrechte von indigenen Völkern sind hierbei besonders zu beachten.

Die notwendigen übergeordneten Schritte dafür sind:

- Erstellung und Umsetzung von Strategieplänen (Masterplänen) zur Elektromobilität-2020 auf Ebene der EU, Länder und Regionen
- Ausbau Öffentlicher Verkehrsmittel und optimierte Schnittstellen zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln
- Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle und Einsatzbereiche zur Einführung von Elektromobilität (Pedelec-Vermietsysteme, E-Fahrzeugleasing, Carsharing mit E-Mobilen, E-Ladestellen&Ride,..)

- Maßnahmen zu vermehrter Kostenzuordnung zum Kfz-Verkehr (Road-Pricing, Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugs-Steuern...)
- Bewusstseinsbildende Maßnahmen für multimodales Verkehrsverhalten

Die Mitglieder im Klima-Bündnis unterstützen Elektromobilität unter diesen Rahmenbedingungen und bemühen sich, in folgenden Bereichen aktiv zu sein:

- Nutzung von E-Fahrzeugen im eigenen Bereich
- Teilnahme bei Flottentests
- Anlagen für erneuerbare Energieträger, Smart Grid
- Einbringen geeigneter kommunaler Dachflächen in Vorhaben zur lokalen CO2-reduzierten Stromproduktion für die Elektromobilität
- Unterstützung von Maßnahmen für E-Carsharing (Standplätze, Gemeindennutzung, Werbung...)
- Unterstützung des Aufbaus einer lokalen/regionalen Plattform „Elektromobilität“ zur Entwicklung des gewerblichen Wissens und der Fähigkeiten bei den Flottenbetreibern für einen ressourcenschonenden Einsatz der Elektromobilität
- Unterstützung und Setzen von Maßnahmen zur vermehrten Kostenzuordnung im Verkehrsbereich (Parkraumbewirtschaftung, Citymaut, Roadpricing...)
- Setzen von Maßnahmen zur Bevorzugung von E-Mobilität gegenüber konventionellen Fahrzeugen beim Wirtschaftsverkehr im Bereich Parkraumbewirtschaftung, Umweltzonen, Roadpricing udgl. Diese Maßnahmen sollen zeitlich befristet sein und aufkommensneutral sein.
- Mitarbeit bei der Definition von Nachhaltigkeitskriterien für E-Mobilitätsprojekte und Vergabe von Zertifikaten
- Unterstützung von Maßnahmen zur Elektrifizierung bzw. Verwendung von Akkutriebfahrzeugen und Attraktivierung von Regionalbahnen, um die Bahn in der gesamten Fläche als Rückgrat der Mobilität zu erhalten („Flächenbahn“)
- Unterstützung der elektrischen Mobilität durch die Erhaltung und den Ausbau von O-Bus Netzen sowie den Einsatz von Batteriebusen

Klima-Bündnis-Resolution für eine Stromwende: Dezentrale erneuerbare Energien statt Atomstrom

Resolution der Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis 2011

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima und die seit 25 Jahren beobachtbaren Folgen der Tschernobyl-Katastrophe zeigen: die Nutzung der Kernenergie ist auch in Hochtechnologie-ländern nicht beherrschbar! Die großflächigen und lang anhaltenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen eines Störfalls wurden der Menschheit erneut vor Augen geführt. Städte sind die verletzlichsten Strukturen, die den Risiken der Kernenergie hilflos ausgeliefert sind. Ballungsräume mit vielen Millionen Menschen lassen sich nicht evakuieren. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist daher unverzichtbar, um die Städte zukunftsfest zu machen.

Auch die Vermarktung der Atomkraft als notwendiger Übergang zu einer Zukunft mit erneuerbaren Energien ist haltlos. Die Betriebsrisiken werden von den Interessenvertretern verharmlost und für den im störungsfreien Regelbetrieb anfallenden radioaktiven Abfall gibt es keine Lösung. Die Kerntechnik ist weder eine Zukunfts- noch eine Brückentechnologie, sondern eine höchstgefährliche Großtechnologie, deren Grundstoff, ebenso wie die fossilen Energiereserven, endlich ist. Außerdem bindet sie die für den Umbau unserer Energieversorgung dringend benötigten Finanzmittel. Ein Umstieg in eine Zukunft ohne Kernkraft ist möglich ohne soziale Verwerfungen und ohne Gefährdung des Industriestandorts Europa, wenn wir konsequent auf Energieeffizienz und dezentrale Versorgung nah bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern setzen.

Die EU-Energiepolitik widmet sich derzeit intensiv der Entwicklung einer nachhaltigen Energiestrategie. Die Ende 2010 verabschiedete Energiestrategie 2020 und die „Energy Roadmap 2050“ sind wichtige Schritte. Wesentlich ambitioniertere Initiativen und breitere Ansätze müssen jedoch folgen, um die notwendigen Fortschritte in der Energieeffizienz und bei der Nutzung von Europas großem Potential bei den erneuerbaren Energien zu erzielen – mit den entsprechenden Effekten für die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine bessere Energieversorgungssicherheit.

Beschlusstext

Die Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis fordert von den EU-Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union ein beschleunigtes Vorantreiben der Energiewende. Eine zukunftsfähige Stromversorgung muss sich an folgenden Eckpunkten ausrichten:

- Schneller Ausstieg aus der Kernenergie mit sofortiger Abschaltung der Altreaktoren sowie ein umgehender Stopp aller laufenden Planungen für neue Reaktoren in Europa.
- Massive Anstrengungen beim Stromsparen und zur Steigerung der Energieeffizienz bei der Elektrizitätsnutzung inkl. Schaffung staatlicher Programme zur Förderung der Anschaffung von energie-effizienten Elektrogeräten und Energieberatung für finanzschwache Haushalte.
- Umbau des gegenwärtigen Stromversorgungssystems in ein dezentraleres System mit hoher Energieeffizienz bei der Stromerzeugung bis spätestens 2050.
- Übergang zu einer vollständigen Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien spätestens bis zum Jahr 2050. Dabei ist insbesondere auf eine sozial- und naturverträgliche Nutzung von Biomasse zu achten, die nur in Kraft-Wärme-Kopplung erfolgen sollte.

- Finanzielle Unterstützung und Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Städte, Gemeinden und Regionen, um den dezentralen Umbau der Infrastruktur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz voranzutreiben.
- Keine Schaffung neuer Kohlekraftwerkskapazitäten, insbesondere kein Neubau von Kapazitäten für die Verfeuerung von Braunkohle und keine Nutzung von CCS, sondern kontinuierliche Verringerung des Kohlestromanteils am Strommix bis auf Null im Jahr 2050.
- Vorrangige Nutzung von Erdgas (in GuD-Kraftwerken und BHKWs) als Brückentechnologie in der Stromerzeugung.
- Entwicklung und Anwendung diverser, vor allem lokaler –Stromspeichertechnologien zur Realisierung von 100% Erneuerbaren Energien in einem dezentralen Stromversorgungssystem. Hier bietet z.B. der Ausbau der Elektromobilität die Chance, die Fahrzeugbatterien als Pufferspeicher im Stromnetz zu nutzen.
- Leitungsneubau, der mit einem Umbau des Stromnetzes verbunden ist, sollte in siedlungsnahen und sensiblen Bereichen grundsätzlich unterirdisch erfolgen.
- Vorrangige Nutzung der Erneuerbare Energien-Potenziale in der Region und Schaffung von Zuständigkeiten auf regionaler Ebene zur Planung und Errichtung von Energieerzeugungsanlagen.
- Ausbau der Erneuerbaren Energien mit den Bürgern. Zur Vermeidung von Konflikten beim massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, der eine deutlich sichtbare Veränderung unserer Umgebung mit sich bringen wird, ist die Bürgerbeteiligung bei allen Projekten wichtig. Standortkommunen sollten an den finanziellen Erträgen der regenerativen Stromerzeugungsanlagen angemessen beteiligt werden.